

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Erika Romberg (GRÜNE/GAL)

Betr.: Atomtransporte (III)

Ich frage den Senat:

1. Welche Daten erfassen
 - die BAKS,
 - die Umweltbehörde sowie
 - die Zentrale Meldestelle der Wasserschutzpolizei bzw.
 - die Behörde für Inneresüber die Beförderung und „transportbedingte Zwischenlagerung“ sonstiger radioaktiver Stoffe und von Kernbrennstoffen sowie von bestrahlten und abgebrannten Atombrennstoffen, und wie lange werden die Daten aufbewahrt?
2. Welche Mengen der einzelnen verschiedenen Kernbrennstoffe dürfen auf einem Stellplatz oder in einem Schuppen untergebracht sein?
3. Welche anderen Schuppen und Stellplätze als Schuppen 10 und Schuppen 82 A, Halle VII und Stellplatz 52 am Burchardkai und Kammer 1 am Übersee-Zentrum werden für die „transportbedingte Zwischenlagerung“ von Versandstücken mit radioaktiven Stoffen benutzt, und wie lange dauerten an den einzelnen Orten die längsten Zwischenlagerzeiten?
4. In Drucksache 11/3375 heißt es, daß mit Ausnahme von Kernbrennstoffen eine Lagermöglichkeit am Hafen für beschädigte Versandstücke mit radioaktiven Stoffen zur Verfügung stehe.
 - 1. Wo ist dieses Lager, und wie wird dort abgesichert, daß keine radioaktiven Stoffe freigesetzt werden?
 - 2. Welche Sicherungsmaßnahmen sind im Hafen vorgesehen für den Fall beschädigter Fracht mit Kernbrennstoffen?
 - 3. Wie viele Transporte von bestrahlten Brennstabsegmenten und an welchen Tagen haben seit Anfang dieses Jahres über den Hamburger Hafen stattgefunden? Von wem wurden sie transportiert?
 - 4. Wo und wie lange wurden welche Mengen bestrahlter Brennstabsegmente im Hamburger Hafen „transportbedingt“ zwischengelagert?
5. Wie hoch schätzt der Senat die Anzahl der Transporte und die Menge der radioaktiven Stoffe (bestrahlte und unbestrahlte plutonium- und uranhaltige Metalle, Oxide, Abwässer und Abfallstoffe) auf Hamburgs Straßen, Schienen und im Hamburger Hafen im vergangenen Jahr (einschließlich Medizin und Industrie)? Wieviel Zeit wird der Senat benötigen für eine Ausarbeitung mit genaueren Informationen, z. B. auch von der PTB und dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, einschließlich einer Auswertung seiner eigenen vorliegenden Daten?

15. 03. 88

Antwort des Senats

Zu 1.:

Die nach § 5 Hafensicherheitsverordnung (HSVO) bzw. nach dem Atomgesetz zu übermittelnden Meldungen werden wie folgt aufbewahrt:

- bei der BAJs nicht,
- bei der Umweltbehörde etwa ein Jahr oder länger,
- bei der BfI HSVO-Meldungen: drei Monate, Meldungen nach dem Atomgesetz: ein Jahr.

Die Meldungen nach dem Atomgesetz enthalten folgende Informationen: Genehmigungsnummer, Masse und Art des Kernbrennstoffes, Verpackung, Beförderer, Beförderungsbevollmächtigter, Transportmittel (Typ, amtliches Kennzeichen), Begleitfahrzeug (Typ, amtliches Kennzeichen), Transportweg, Abgangszeit, voraussichtliche Ankunft, Absender (Land) und Empfänger, Sicherungsmaßnahmen.

Die für Meldungen nach der Hafensicherheitsverordnung erforderlichen Angaben ergeben sich aus § 5 der Verordnung.

Zu 2.:

Die jeweils zulässige Bereitstellungsmenge ist abhängig von Art und Gefährlichkeit des Stoffes. Einzelheiten sind in der Anlage 3 der Hafensicherheitsverordnung zur Klasse 7 (radioaktive Stoffe) geregelt.

Zu 3.:

Radioaktive Stoffe nach den Blättern 1 bis 4 der Beförderungssicherheitsvorschriften können an jedem Ort im Hafen bereitgestellt oder umgeschlagen werden. Radioaktive Stoffe höherer Gefährdung (Blätter 5 bis 12) dürfen an den von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt zugelassenen und in der Beförderungsgenehmigung bestimmten Orten im Hamburger Hafen bereitgestellt werden. Der Senat hält es im Interesse einer wirksamen Gefahrenabwehr nicht für sinnvoll, über die einzelnen Aufbewahrungsplätze im Rahmen der Beantwortung Kleiner Anfragen öffentlich Auskunft zu geben. Erfahrungsgemäß dauern Bereitstellungen in der Regel ca. zwei bis drei Tage. Statistiken werden nicht geführt.

Zu 4.1.:

Die Lagermöglichkeit für beschädigte Versandstücke mit radioaktiven Stoffen befindet sich im Hafen (zu näheren Angaben siehe Antwort zu 3.). Maßnahmen zur Strahlenminimierung richten sich nach den Anforderungen des Einzelfalles. In den letzten fünf Jahren sind keine Fälle aufgetreten, die es erforderlich machten, die Lagermöglichkeit zu nutzen.

Zu 4.2.:

Der Senat verweist auf die Antworten zu Frage 3 der Schriftlichen Kleinen Anfrage — Drucksache 13/633 — sowie zu den Fragen 1 bis 4 der Schriftlichen Kleinen Anfrage — Drucksache 11/3375 —.

Zu 4.3. und 4.4.:

Nach Auswertung der vorliegenden Meldungen durch die Wasserschutzpolizei wurden zwischen dem 1. Januar und dem 8. März 1988 keine bestrahlten Brennstabsegmente über den Hamburger Hafen umgeschlagen.

Zu 5.:

Eine Schätzung aller Transporte radioaktiver Stoffe auf Hamburgs Straßen, Schienen und im Hafen ist nicht vorhanden.

Über den Zeitbedarf zur Erarbeitung genauerer Informationen lassen sich keine Angaben machen. Im übrigen ist dem Senat nicht erkennbar, welcher konkrete mögliche Nutzen mit dem Aufwand für eine derartige Ausarbeitung verbunden sein könnte.